



Peter Eisenberg

Zwanzig Jahre.

Was wird aus der deutschen Orthografie?

In: *Abecedarium der Sprache* / Constanze Fröhlich, Martin Grötschel, Wolfgang Klein (Hg.). – ISBN: 978-3-86599-416-5. – Berlin: Kulturverlag Kadmos, 2019. S. 263-270

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-30418](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-30418)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivateWorks 4.0 International (cc by-nc-nd 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.





Z – Otto Ebeling Zeichenbedarf, Berlin Charlottenburg

Zwanzig Jahre. Was wird aus der deutschen Orthografie?

PETER EISENBERG

Erinnern Sie sich noch? Seit dem 1. August 1998 ist die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in Kraft. Ihr Inkrafttreten erregte schon damals viel weniger Aufmerksamkeit als die zwei Jahre zuvor in Wien beschlossene Absichtserklärung zur *Neuregelung der deutschen Rechtschreibung* (Rechtschreibung 1996), weil diese unmittelbar zu einer Welle von Umsetzungen der neuen Regeln in vorauseilendem Gehorsam geführt hatte. Eine Reihe von Kultusministerien, Schulbuchverlage, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Wörter- und Jugendbuchverlage – allen voran der Duden – hatten es mit der Umsetzung eilig.

Offiziell ist die Reform nun seit zwanzig Jahren gültig, aber was zum 1. August 2018 in dieser Angelegenheit in der Presse zu lesen und zu hören war, machte allenfalls den Eindruck von Pflichtgemäßheit, häufig nicht einmal das. Es gab gelangweilte, distanzierte, aber auch zynische oder überhebliche Kommentare betreffend *Majonneese*, *Ketschap* und *Tollpatsch*. Kaum jemand wollte sich noch einmal erregen oder die Sache auch nur halbwegs ernst nehmen. Dabei sind wir weit davon entfernt, die materiellen und sozialen Folgen der Rechtschreibreform hinter uns zu lassen.

Im Folgenden wird der unzeitgemäße Versuch unternommen, dem etwas abzuhelpen und ein paar Fakten zu präsentieren, die erklären können, warum die Gemeinschaft der Sprecherinnen und Sprecher des Deutschen die neue Orthografie nicht angenommen, sondern sich ihr allenfalls unter Druck in einigen Teilen geöffnet hat. Der wichtigste

Grund ist, dass die Neureglung aus politischen und nicht aus sachlichen Gründen durchgeführt wurde.

Schon seit Kriegsende gab es fortlaufend Reformvorschläge, natürlich in der Bundesrepublik mehr und offener als in der DDR, was durchaus bedeutsam werden sollte. Im Mittelpunkt stand die Abschaffung der Substantivgroßschreibung, die es seit der Umstellung in Dänemark (1948) nur noch im Deutschen gab. Die meisten Bezugssprachen hatten im Kern eine Eigennamengroßschreibung, begrifflich bekannt als gemäßigte Kleinschreibung. Die DDR vertrat sie mit Verve, für die Bundesrepublik wurde sie von der politisch verantwortlichen Konferenz der Kultusminister (KMK) ausgeschlossen. Man verstand sie wie die gesamte Neuregelung als Politikum und wollte daher der DDR keinesfalls folgen.

Die Reformdebatte dümpelte vor sich hin und wäre wohl zum Lied ohne Ende geworden, hätte nicht der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik, Egon Bahr, im Auftrag seiner Regierung im Herbst 1973 bei den Vertretern der DDR angefragt, was man dort von einer gemeinsamen Orthografieform halte. Die DDR ging sofort auf den Vorschlag ein und setzte ihre bereits existierende Reformkommission auf die gemeinsame Schiene. Schon zwei Jahre später lag eine umfangreiche DDR-Publikation zur Reform mit Schwerpunkt Groß- und Kleinschreibung vor (Nerius 1975).

Was als eher harmlose und wenig kostenintensive kulturpolitische Initiative im Rahmen der neuen Ostpolitik angestoßen wurde, stellte sich bald als politisch abgründig heraus. In aller Kürze: Die frühen Arbeiten zur Neuregelung der Orthografie folgen unmittelbar der Bewegung »vernünftiger schreiben«, die sich den soziolinguistischen Debatten zum Thema Sprache und soziale Schicht der 68er-Bewegung verdankt. Beispielsweise war man dort der Meinung, die Großschreibung der Substantive sei ein Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (Drewitz/Reuter 1974). Die Erwartungen an eine Erleichterung des Orthografieerwerbs mit einem Absinken der Rechtschreibfehlerquote waren hoch, eine politische Einhegung des Vorgangs wurde unmöglich.

Im bereits »real existierenden« Arbeiter- und Bauernstaat DDR hatten solche Thesen selbstverständlich keinen Platz. Das führte nach einigem Hin und Her dazu, dass die Politik dort keine wirkliche Umsetzung der Neureglung mehr wollte. Stellt man noch in Rechnung, was aus Österreich und besonders der Schweiz an Wirrungen zur Thematik beigetragen wurde, dann folgt der im Einzelnen gut begründbare Schluss, dass es ohne die deutsche Vereinigung niemals eine Neureglung der Orthografie gegeben hätte. Das Zwischenstaatliche der vier Länder und das politisch korrekt DDR-Berücksichtigende wurden lange Zeit zum Wert an sich, der das Unternehmen am Laufen hielt – bis zur politischen Wende in der DDR. Die meisten Reformkritiker hatten nun erwartet, man werde jetzt wichtigere Probleme zu lösen haben, aber sie haben das politische Gewicht des Vorgangs unterschätzt.

Genauso wichtig für ein Verständnis der gegenwärtigen Lage ist die inhaltliche Seite der Maßnahme. Auch sie hat entscheidend zur Nichtakzeptanz der neuen Orthografie in der Sprachgemeinschaft beigetragen:

Nach dem politischen Ausschluss der gemäßigten Kleinschreibung standen die Neuregler vor der Aufgabe, im überkommenen Schreibusus etwas Veränderungswürdiges zu finden. Das war nicht leicht, zumal das Deutsche – etwa im Vergleich zum Französischen, Englischen oder Polnischen – über eine besonders transparente und leicht lernbare Orthografie verfügt. Die Reaktion im Ausland auf den Gigantismus der Neureglung bestand deshalb vor allem aus Kopfschütteln. Das habe ich selbst in vielen Auslandsgermanistiken und besonders intensiv dort erfahren, wo dem geschriebenen Wort hohe Bedeutung beigemessen wird, etwa in muslimischen Ländern (Iran, Ägypten, Indonesien), aber ebenso in Frankreich, Japan oder China. Dem Ansehen des Deutschen als Lernersprache wurde Schaden zugefügt.

Bei der Suche nach Veränderbarem stieß man dann bald auf die Getrennt- und Zusammenschreibung. Bekannt ist ja, dass das Deutsche hier – nämlich an der Grenze von Morphologie und Syntax – grammatisch besonders viel-

fältig strukturiert ist. Die Morphologie als Lehre von der Wortstruktur weist zahlreiche Übergänge zur Syntax auf, die Syntax als Lehre von der Phrasen- und Satzstruktur weist zahlreiche Übergänge zur Morphologie auf. Das war bekannt und teilweise gut erforscht. Ebenfalls bekannt war, dass sich so ein funktional hochentwickeltes Hin und Her zwischen zwei Hauptmodulen der Grammatik niemals in einfache Regeln würde pressen lassen.

Ausdruck fand dieser Tatbestand in einer auffälligen Kürze und Unbestimmtheit der vorreformatorischen Regelung mit der Folge, dass in diesem Bereich kaum Rechtschreibfehler angestrichen wurden (Duden 1991: 62–65). Es bestand Konsens, dass jede Form von Rigorosität zu vermeiden sei. Der Konsens wurde von den Neureglern aufgekündigt. Man setzte sich zum Ziel, die Getrennt- und Zusammenschreibung vollständig »durchzuregeln«, um »Ordnung zu schaffen«: Das Regelwerk wurde um ein Vielfaches länger, aber es wurde auch unverständlich, widersprüchlich und inkonsistent. Sprachwissenschaftlich hauptverantwortlich war die Einseitigkeit der Regeln. Man regelte den Übergang von der Syntax zur Morphologie und nicht auch die andere Richtung. Das führte zu der berüchtigten Grundregel, im Zweifelsfall sei stets getrennt zu schreiben, die ihrerseits zu vielen absurden Schreibungen führte: Schon im Regelwerk selbst wurden Getrenntschreibungen wie *fertig stellen*, *kennen lernen*, *Wasser abstoßend* erzwungen und damit viele hundert Wörter einfach beseitigt. Dazu kamen abenteuerliche Schreibungen aufgrund von Fehlinterpretationen der Regeln von *Blut befleckt* bis *Teil nehmen*.

Es gab andere konzeptionelle Fehler im Regelwerk von 1998. Beispielsweise wurde sowohl die Groß- als auch die Kleinschreibung geregelt, wo doch im Deutschen prinzipiell kleingeschrieben und nur unter klaren Bedingungen Großschreibung gilt. Sie allein ist regelungswürdig und hätte diesen Regelteil fast auf die Hälfte verkürzt. Oder es wurde bei der berüchtigten alten Regelung des Kommas beim Infinitiv (über dreißig Regeln) nicht etwa nach einer einfacheren Formulierung gesucht (die durchaus möglich ist), sondern

das Komma war generell freigestellt. So konnte man etwa *Das Wetter droht, schlecht zu werden* mit Komma und *Er befragte Merkel um Klarheit zu bekommen* ohne Komma schreiben. Jetzt gab es weniger Kommafehler, wie die Neuregler stolz feststellten, was aber zu Recht als Zynismus gegeißelt wurde. Und auch das Komma bei Nebensätzen begann zu wackeln.

Einige der größten Schwächen der amtlichen Regelung wurden nach dem Kompromisskonzept der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (2003) halbwegs ausgebügelt, aber vieles blieb zu tun. Deshalb fasste der 2004 gegründete Rat für deutsche Rechtschreibung am Ende seiner ersten Amtszeit im Jahr 2010 den Beschluss, das amtliche Regelwerk insgesamt einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Der Rat für Rechtschreibung ist mit seinen vierzig Mitgliedern, unter denen sich nur eine kleine Minderheit von ausgewiesenen Sprachwissenschaftlern findet, allenfalls bedingt arbeitsfähig. Seine Aufgabe ist, den Schreibgebrauch zu beobachten und notwendige Veränderungen bei den Wortschreibungen und am Regelwerk vorzunehmen. Der Beschluss zur Revision des Reformregelwerks wurde jedoch später (2012) unter dem Einfluss der Beharrungskräfte im Rat wieder gekippt. Man murkelt bis heute an Details herum.

Zu den gravierenden Folgen der Neureglung von 1998 gehört, dass die Zahl der Rechtschreibfehler, soweit sie in der Schule sichtbar wird, nicht gesunken, sondern um mindestens 20 Prozent gestiegen ist. Dazu verfügen wir über solide Kenntnisse (z. B. Grund 2016). Man entkommt dem Befund nicht durch den Hinweis, eine Abnahme von Rechtschreibfähigkeiten bei der jungen Generation habe viele Gründe und trete ähnlich auch in Ländern auf, in denen es keine Neuregelung des Ausmaßes wie bei uns gegeben hat.

Es liegt nicht im Trend, heute das Lied vom Nutzen einer Sprachnorm zu singen. Das ist dem Autor wohl bewusst. Die Verteilung der Schüler auf die Schultypen hat sich grundlegend geändert, die Zahl der Schüler aus sogenannten bildungsfernen Schichten mit und ohne Migrationshintergrund ebenso [→ *Migrantensprache*], der Einfluss des Lesens und Schreibens mit neuen Medien ist enorm. Dennoch bleibt auch

wahr: Will man den Orthografieunterricht verbessern, will man, was seinen Umfang, seine inhaltliche Ausgewiesenheit und den gesamtgesellschaftlichen Konsens über das zu Vermittelnde betrifft, wenigstens das vorreformatorische Niveau zurückgewinnen, dann benötigt man die kodifizierte Norm als gemeinsamen Bezugspunkt für Lehrende und Lernende. Ein den Multiplikatoren verständliches Regelwerk bleibt unerlässlich, ihm kommt eine Schlüsselrolle zu. Das amtliche Regelwerk wird den Anforderungen jedoch nach wie vor nicht gerecht, es ist und bleibt insgesamt ein Untext, der nicht nur umständlich, widersprüchlich und inkonsistent, sondern einfach auch unverständlich ist.

Werfen wir zum Schluss noch einen Blick auf die beiden anderen für unsere Orthografie wichtigen Institutionen, den Duden und die KMK:

Die Rolle des Duden als Träger der wichtigsten kodifizierten Sprachnorm des Deutschen hat sich grundlegend verändert. Weil mit der Neuregelung das sogenannte Dudenprivileg fallen musste (als Gegengewicht zum DDR-Duden wurde dem Westduden im Jahr 1955 von der KMK die Letztentscheidung von Zweifelsfällen überlassen), suchte der Duden nach einem Alleinstellungsmerkmal unter den konkurrierenden Wörterbüchern, die nach 1996 in größerer Zahl erschienen waren. Man verfiel auf die Idee, bei Varianten genau eine durch Gelbunterlegung als »Dudenempfehlung« auszuzeichnen (z. B. *leer machen* als Empfehlung gegenüber *leermachen*, *leer gefegt* als Empfehlung gegenüber *leergefegt*). Dadurch wurde aber die freie Entwicklung des Schreibgebrauchs untergraben. Eine entsprechende Rüge des Rechtschreibrates steckte der Duden locker weg.

Inzwischen ist das Unternehmen in bedrohliche ökonomische Bedrängnis geraten. Die mächtige Dudenredaktion wurde auf einen kleinen Bruchteil ihrer alten Stärke reduziert. Man ist darauf angewiesen, auch Werke zu verlegen, die sich nicht mit dem ehemals verbindlichen Normbegriff vereinbaren lassen, etwa eine Broschüre zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch [→ *XY ungelöst*] oder eine andere zu politisch korrekter Sprache. Der Duden stützt sich auch

wieder verstärkt auf Ressourcen des Instituts für Deutsche Sprache Mannheim, einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Leibniz-Institut. Ihm bleibt ökonomisch gar keine Wahl. Die klare Trennung der beiden Institutionen galt seinerzeit (in der zweiten Hälfte der 60er Jahre) als großer Fortschritt. Es drängt sich daher mehr und mehr der Gedanke auf, den Duden als öffentlich finanzierte Stiftung fortleben zu lassen. Sie wäre verantwortlich für eine Sprachnorm, die auf einem modernen, von Partikularinteressen unabhängigen Normbegriff ruht.

Bleibt nach Rechtschreibrat und Dudenredaktion als dritte und politisch letztlich für die Orthografie im öffentlichen Bereich verantwortliche Institution die Konferenz der Kultusminister der Länder. Die KMK hat sich von Anfang an für eine Neuregelung der Orthografie stark gemacht, wenn auch nicht überall aus denselben Gründen. Der Glaube an eine bildungspolitisch sinnvolle Neuregelung stand ebenso Pate wie die Unterstützung der neuen Ostpolitik gegenüber der DDR. Noch am zögerlichsten waren »konservative« Länder wie Bayern oder Schleswig-Holstein, die dem Trend aber auch nicht widerstehen konnten.

Es hat fast zehn Jahre gedauert, bis die KMK begriff, dass sie mit der Neuregelung schlecht beraten worden war und sich selbst gefährdet hatte. Klares Anzeichen dafür wurde die Entlassung der 1997 gegründeten Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung im Jahr 2004 und die darauf folgende Einrichtung des schon genannten Rates für Rechtschreibung, dessen vordringliche Aufgabe darin bestand, die öffentliche Debatte zu beruhigen. Die KMK selbst will mit der Sache nichts mehr zu tun haben und hat dem Rat sogar das Recht übertragen, in einfachen Fällen die Rechtschreibnorm zu ändern, ohne die sonst gebetsmühlenartig berufenen »zuständigen staatlichen Stellen« zu beteiligen.

Auch dieser letzte Akt zeigt: Die Neureglung der deutschen Orthografie ist eine durch und durch politische Angelegenheit, die lehrt, was passieren kann, wenn der Staat sich Sprachregelungen anmaßt. Das sollte er sich zu Herzen

nehmen, denn so kompliziert wie in den vergangenen zwanzig Jahren muss es gar nicht sein. Besserung ist möglich, wenn die drei genannten Institutionen zusammenarbeiten: Der Rat entwickelt ein brauchbares Regelwerk. Der Duden druckt es ab und setzt es vollständig in seinem Rechtschreibwörterbuch um. Die KMK setzt sich für seine Durchsetzung an den Schulen und in der Lehrerbildung ein. Dann kann es mit einem sichtbaren Erfolg ganz schnell gehen.

Literatur

- Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung (Hg.) (2003): *Zur Reform der deutschen Rechtschreibung. Ein Kompromissvorschlag*. 2. Auflage. Göttingen: Wallstein.
- Drewitz, Ingeborg/Reuter, Ernst (Hg.) (1974): *vernünftiger schreiben. reform der rechtschreibung*. Frankfurt/Main: Fischer Verlag.
- Duden (1991): *Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache*. Herausgegeben von der Dudenredaktion auf der Grundlage der amtlichen Rechtschreibregeln. 20. Auflage. Mannheim u. a.: Dudenverlag.
- Grund, Uwe (2016): *Orthographische Regelwerke im Praxistest. Schulische Rechtschreibleistungen vor und nach der Rechtschreibreform*. Berlin: Frank & Timme.
- Nerius, Dieter (1975): *Untersuchungen zu einer Reform der deutschen Orthographie*. Berlin: Akademie Verlag.
- Rechtschreibung (1996): *Deutsche Rechtschreibung. Regeln und Wörterverzeichnis. Text der amtlichen Regelung*. Tübingen: Verlag Gunter Narr.